



Wer braucht die Agrarpolitik?

von Dr. Gerhard Poschacher



Fotos: Jenewein, Astner

Agrarkommissar Franz Fischler ist ein vehementer Vertreter einer gemeinsamen Agrarpolitik

Bedeutende Ökonomen aus den EU-Mitgliedsstaaten äußern Kritik an der EU Agrarpolitik. Die hohen Ausgaben für die Agrarpolitik, die steigende innerlandwirtschaftliche Einkommensdisparität, die aufwändige Bürokratie, das Außerkraftsetzen von Marktmechanismen werden in diesem Zusammenhang immer wieder angeführt. Agrarkommissar Franz Fischler tritt als überzeugter Vertreter einer gemeinsamen Agrarpolitik der EU auf.

Franz Fischler hatte nicht viel Zeit, sich über den Kompromiss für die größte Reform seit Bestehen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) zu freuen, als er mit Vorschlägen zur Ankurbelung der europäischen Wirtschaftspolitik, von Kommissionspräsident Romano Prodi in Auftrag gegeben, konfrontiert wurde.

Kritik an der EU-Agrarpolitik

Unter Leitung des belgischen Wissenschaftlers, Andre

Sapir, wurde in diesem umfassenden Gutachten ziemlich unverblümt die Abschaffung der EU-Agrarpolitik gefordert. Nach Meinung der hochrangigen Beratergruppe sollten in Hinkunft aus dem Brüssler Haushalt nur mehr solche Maßnahmen für die Landwirtschaft gefördert werden, die den Strukturwandel ankurbeln; Einkommensstützungen und Umweltzahlungen müssten in den Verantwortungsbereich der Mitgliedsstaaten übertragen werden, sofern diese den gemeinschaftlichen Beihilferegulungen

entsprechen, wird vorgeschlagen. Industriepolitiker und Verbraucherverbände signalisierten Zustimmung. Franz Fischler hat im Vorfeld der Reformbeschlüsse von Luxemburg mit großer Beharrlichkeit darauf aufmerksam gemacht, dass die Finanzierung der teuren Agrarpolitik (EU-Ausgaben 2002: 44,5 Mrd. Euro; in Österreich: 2.092 Mio. Euro) nur dann gesellschaftlich konsensfähig ist, wenn die Leistungen der Bauern außer Streit stehen. Das Pikante an diesem für die EU-Kommission erstellten Gutachten ist die Tatsache, dass die Kritik an der Agrarpolitik und Bauernlobby nicht etwa von den Vertretern des Freihandels (Australien, USA, Kanada) kommt, sondern von Ökonomen aus wichtigen EU-Mitgliedsstaaten, darunter der deutsche Wirtschaftswissenschaftler Martin Hellwig von der Universität Mannheim.

Fischler bringt positive Aspekte einer gemeinsamen Agrarpolitik ein

Agrarkommissar Franz Fischler hat sich als Antwort auf das jüngste Professoren-Gutachten vehement gegen eine Abschaffung der Landwirtschaftspolitik ausgesprochen und wies energisch die „akademischen Überlegungen“ der Wissenschaftler zurück.

Er hat gute Argumente: Die Einigung über tiefgreifende Reformen der Gemeinsamen Agrarpolitik, die am 26. Juni 2003 zustande kam, ist nicht



nur für die Landwirte in der EU, sondern auch gesamtgesellschaftlich von Nutzen. Ein wichtiger Pluspunkt der GAP-Reform besteht in der Stärkung der Verhandlungsposition bei der WTO. Die freihandelsorientierten Länder forderten einen vollständigen Abbau der Exportsubventionen; die Entwicklungsländer verlangten einen besseren Marktzugang, während protektionistische Handelspartner wie Norwegen, die Schweiz und Japan den EU-US-Vorschlag als zu weitgehend zurückwiesen.

GAP-Reform eine Stärkung der EU in der WTO

Verschiedene Aspekte der GAP-Reform dürften aber die EU-Position in der WTO verbessert haben. Als Erstes ist der Übergang zu einem System der „einzelbetrieblichen Zahlungen“ zu nennen, das zentrale Element der GAP-Reform. Es handelt sich hier um Direktzahlungen an Landwirte, die an die Einhaltung von Vorgaben in den Bereichen Umwelt, Lebensmittelsicherheit und Tierschutz geknüpft sind. Die meisten Zahlungen an Agrarbetriebe werden in Zukunft produktionsunabhängig erfolgen („Entkopplung“). Es handelt sich also um Direktbeihilfen, die den Bestimmungen der WTO entsprechen, also nicht wettbewerbsverzerrend sind.

Mit der Einführung entkoppelter Direktzahlungen und der Begrenzung der Haushaltsausgaben für die GAP



wird die EU den Zielen der WTO-Entwicklungsagenda gerecht. Im Gegensatz dazu hat sich die Agrarpolitik in den Vereinigten Staaten in den letzten Jahren ganz anders entwickelt: gewaltiger Anstieg der Agrarausgaben und der Wiedereinführung und dem stärkeren Einsatz produktionsabhängiger Subventionen.

Vor großen Reformschritten

Der Stellenwert der Land- und Forstwirtschaft in der sozioökonomischen wie geographischen Struktur des Landes lässt sich anhand des Beitrags zur Wirtschaftsleistung von 1,7 % sicher nicht ausreichend bemessen. Der Sektor ist nicht nur Nahrungsmittelproduzent, sondern trägt genauso zur Siedlungssicherung bei wie zur Aufrechterhaltung der Infrastruktur, der Katastrophenvorsorge durch die Waldbewirtschaftung und zur Erhal-

tung der Kulturlandschaft.

Auf den 218.000 Bauernhöfen Österreichs, 80.000 davon sind Haupterwerbsbetriebe, leben mehr als 10 % der Bevölkerung; Ende der 90-er Jahre waren das 830.000 Personen, 530.000 davon sind in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigt, 165.000 in Vollzeit. Die Landwirtschaft verlor in den letzten Jahrzehnten vor allem als Arbeitgeber an Bedeutung: 1951 fand noch ein Drittel der Erwerbstätigen im Sektor Arbeit, 2002 nur mehr knapp 3 %. Langfristig ist die Beschäftigung in der Landwirtschaft um durchschnittlich 3,8 % im Jahr gesunken, im Vorfeld des EU-Beitritts um mehr als 5 % im Jahr. Danach ist das Beschäftigungsminus kontinuierlich gesunken, auf durchschnittlich 2 % in den letzten Jahren. Als Ausdruck der zunehmenden Mechanisierung der landwirtschaftlichen Produktion ist die Zahl der Betriebe in Relation zur Zahl der >

Ein Vollerwerbsbetrieb im österreichischen Berggebiet



FORSTMULCHEN

*Bestens geeignet zur Wald-Weide-Umwandlung
und Säuberung von verwilderten Weiden.*

Richard Steinwendner

A-4609 Thalheim/Wels, Ottstorf 2

Tel 0 72 42 / 51 295, Mob-Tel. 0 664 / 30 74 223

E-mail: steinwendner.richard@aon.at

<http://www.steinwendner.at>

Beschäftigten deutlich langsamer gesunken (Durchschnitt 1951/1999 - 1,4 %). Nach dem EU-Beitritt hat sich der Ausleseprozess verschärft. Von 1995 bis 1999 wurden im Jahr 2,3 % der Agrarbetriebe aufgegeben, vor allem Nebenerwerbsbetriebe. Gleichzeitig sind die Betriebsgrößen gestiegen, von weniger als 10 ha Nutzfläche pro Betrieb Anfang der 50-er Jahre bis auf knapp 17 ha.

Die Einkommensentwicklung bereitet Sorgen, demotiviert viele junge Bäuerinnen und Bauern, verschärft den Strukturwandel, vor allem im Hinblick auf die EU-Erweiterung. Nach der positiven Einkommensentwicklung der Jahre 2000 und 2001 war das Einkommen aus landwirtschaftlicher Tätigkeit in Österreich im vergangenen Jahr erstmals wieder rückläufig. Laut vorläufigen Ergebnissen der Landwirtschaftlichen Gesamtrechnung fiel das landwirtschaftliche Einkommen je Arbeitskraft 2002 real um 5,1 %. Dieser Rückgang resultierte aus der Verringerung des landwirtschaftlichen Faktoreinkommens um 5,1 % (real: -6,3 %) bei gleichzeitig anhaltendem Rückgang des landwirtschaftlichen Arbeitseinsatzes (-1,3 %). Der Einkommens-

rückgang im Jahr 2002 war im Wesentlichen preisbedingt. Niedrigere Erzeugerpreise bei Schweinen und Milch führten zu Verlusten in der tierischen Erzeugung; auch die pflanzliche Produktion verzeichnete Einbußen. Der Anstieg der Direktzahlungen (2002: 1.663 Mio. Euro) federierte die Verluste nur teilweise ab.

Osterweiterung der EU - eine Herausforderung für die Landwirtschaft

Die größere Herausforderung für die EU-Landwirtschaft wird die Osterweiterung der Gemeinschaft. Mit 1. Mai 2004 wächst die Zahl der EU-Konsumenten um 19 % (75 Mio. Personen), die landwirtschaftlichen Nutzflächen um fast ein Drittel und die Beschäftigten in der Landwirtschaft aber um zwei Drittel. Massive Strukturdefizite der Landwirtschaft der neuen Mitgliedsstaaten, das enorme Produktionspotenzial und die noch relativ geringe Wirtschaftskraft vieler der Länder werden den Wettbewerb im Sektor verschärfen, sowohl auf den Agrarmärkten als auch um die Verteilung der Fördermittel. Aus diesem Grund wird der Zugang zu den EU-Agartöpf-

fen für die neuen Mitglieder vorerst eingeschränkt. Schätzungen gehen davon aus, dass der Output der neuen Mitglieder in den kommenden Jahren leicht steigt infolge etwas höherer (Interventions-) Preise, guter Absatzperspektiven im Binnenmarkt und der Maßnahmen zur ländlichen Entwicklung.

Kurzfristig wird Österreichs Landwirtschaft aufgrund der Osterweiterung keine nennenswerten negativen Wirkungen spüren. Der erwartete Preisdruck vor allem bei Getreide und Gemüse kann durch die Absatzchancen in den neuen Märkten kompensiert werden. Kräftige Einkommenszuwächse in Osteuropa in den nächsten Jahren werden die Nachfrage nach qualitativ hochwertigen Agrarprodukten und höherverarbeiteten Nahrungsmitteln anregen. Hier bieten sich Absatzchancen auch für heimische Bio-Produkte. Mittelfristig sind leichte Marktanteilsverluste im Inland möglich, vor allem im unteren Qualitäts- und Preissegment bei Getreide und im Milchmarkt.

Bleibt also die Frage, wer braucht die Agrarpolitik? Die Antwort kann nur lauten: Wer den Land-, Energie- und Umweltwirt zur Sicherung der zukünftigen Lebensgrundlagen braucht, muss den Bauern heute eine Chance geben, ihre Aufgaben auch in Zukunft erfüllen zu können, in dem die damit verbundenen Leistungen honoriert werden. ■

Zum Autor:

Prof. Dipl.-Ing. Dr. Gerhard Poschacher war vor seiner Pensionierung Leiter der Abteilung für Agrarpolitik und Statistik im Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft